

## Gute Gesundheitsversorgung für alle

Wer würde dies bestreiten: Wir haben in Deutschland eines der leistungsfähigsten Gesundheitssysteme der Welt. Gesundheit gilt als hohes Gut, das auch etwas kosten darf. Alle Versicherten – egal wie viel sie verdienen und unabhängig davon, wie krank sie sind – erhalten die notwendigen medizinischen Leistungen auf der Höhe des medizinischen Fortschritts. Und trotzdem ist klar: Damit das so bleiben kann, muss sich etwas ändern.

„Wir sind heute hier, um dafür zu sorgen, dass etwas in Deutschland passiert. Wir sind bereit, die Probleme, die die Menschen haben, zu erkennen, sie zu benennen und vor allem auch zu lösen“, unterstrich Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler seine Absichten auf dem Bundesparteitag in Köln. Nachdem der Anfang der Koalition von zum Teil schrillen Tönen aus der CSU geprägt war, demonstrierten Philipp Rösler und der CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe Einigkeit: In einem gemeinsamen Beitrag für die Zeitung „Welt am Sonntag“ mit dem vielsagenden Titel „Der Preis der Freiheit“ haben sie am 11. April erläutert, wie die Koalition die Zukunft des deutschen Gesundheitssystems sieht und warum eine Reform nötig ist. Die christlich-liberale Koalition hat sich nichts Geringeres vorgenommen, als die gesetzliche Krankenversicherung zukunftsfest zu machen. Dank des medizinischen Fortschritts und einer gesünderen Lebensweise werden die Menschen in unserem Land immer älter. Weitere Erfolge der Forschung werden dazu führen, dass auch schwere Erkrankungen immer erfolgreicher behandelt werden können. Das ist überaus erfreulich und wird im Gesundheitswesen neue Arbeitsplätze entstehen lassen. Doch dies hat auch einen Preis. Die Gesundheitskosten in unserem Land werden trotz aller Anstrengungen zur sparsamen Mittelverwendung steigen. Gleichzeitig hat es die Koalition als unabdingbar erkannt, die Gesundheitskosten von den Arbeitskosten unabhängiger zu machen. Steigende Gesundheitskosten sollen künftig nicht mehr dazu führen, dass Arbeitsplätze gefährdet oder gar vernichtet werden. Deshalb sollen die Gesundheitskosten zumindest teilweise von den Arbeitskosten abgekoppelt werden. Dazu sollen die Arbeitgeberbeiträge begrenzt werden. Die christlich-liberale Koalition will zunächst nur einen Teil des einkommensbezogenen Arbeitnehmerbeitrages durch eine Gesundheitsprämie mit sozialem Ausgleich ersetzen. Wenn die Krankenkassen ihre jeweilige Prämie festlegen, werden Preise und Leistungsumfang leichter vergleichbar. Das eröffnet die Chance, dass der Wettbewerb um die Versicherten die sparsame Mittelverwendung befördert. Zugleich sichert ein Sozialausgleich, dass es zu einer gerechten Verteilung der Finanzierungslasten kommt. Auf diese Weise wird die Finanzierung des Gesundheitssystems sozial gerechter. Ein möglichst automatisierter Sozialausgleich stärkt die Solidarität. Zukünftig sollen alle Einkünfte beim Sozialausgleich berücksichtigt werden. Die Mitversicherung nicht berufstätiger Ehegatten und von Kindern wollen wir erhalten. Inzwischen steht fest: Eine Prämienzahlung pro Kopf wird es mit der christlich-liberalen Koalition nicht geben. In dieser Legislaturperiode nicht, möchte man ergänzen. Philipp Rösler ist sich seines Balanceaktes sehr wohl bewusst. Er bleibt realistisch: „Ein verlässliches Gesundheitswesen lebt von der Akzeptanz aller Beteiligten. Dies verbietet abrupte Systemwechsel. Eine Reformverweigerung aber verbietet unsere Solidarität mit kommenden Generationen.“ Anders als Vorgängerregierungen will er zusammen mit seinem parlamentarischen Staatssekretär Daniel Bahr eine Reform des Gesundheitswesens „aus einem Guss“.

Der Koalitionsvertrag eröffnet auch die Zukunftsperspektive über das Jahr 2013 hinaus: „Langfristig wird das bestehende Ausgleichssystem überführt in eine

Ordnung mit mehr Beitragsautonomie, regionalen Differenzierungsmöglichkeiten und einkommensunabhängigen Arbeitnehmerbeiträgen, die sozial ausgeglichen sind.“ Die einkommensunabhängige Gesundheitsprämie mit einem Sozialausgleich über das Steuersystem würde der fundamentalen Gesundheitsvorsorge einen für alle vergleichbaren Preis geben. Die Bedürftigen werden dann über den Bundeshaushalt in ihrer Prämienzahlung aus Geldern auch der Steuerzahler unterstützt, die heute jenseits der Bemessungsgrenze für die Gesundheitsversicherung leben. Das schafft echte Solidarität. Jetzt haben sich die Koalitionspartner erst einmal vorgenommen, die Ausgabenentwicklung in den Griff zu bekommen. Die Gesellschaft soll nicht nur immer älter werden, sie soll auch immer gesünder alt werden. Moderne Medizin zum vertretbaren Preis ist der Schlüsselauftrag. Das gilt auch auf dem Arzneimittelmarkt. Dem Kostenanstieg dort stellt sich der Gesundheitsminister entgegen. Sein Ziel: Die Pharmaunternehmen sollen sich mit den Krankenkassen auf angemessene Preise einigen und diese nicht mehr alleine festlegen können. Die Pharmaunternehmen sollen künftig den wirklichen Nutzen eines vermeintlich neuen Wirkstoffs belegen, ehe dieser von den Versicherungen erstattet wird. Allen Unkenrufen zum Trotz ist für die Liberalen klar: Wir wollen, dass sich alle darauf verlassen können, dass ihnen in der Not moderne medizinische Hilfe zuteil wird – und zwar unabhängig vom Geldbeutel!

*Helmut Metzner*

### Ärztmangel auf dem Land bekämpfen

Philipp Rösler sieht es klar: „Die Menschen werden uns vor allem danach bewerten, ob es uns gelingt, dafür zu sorgen, dass sie vor Ort einen Arzt finden und ob sie bei diesem Arzt schnellstmöglich einen Termin erhalten. Und deswegen ist das Thema Versorgung von so großer Bedeutung für die Menschen in unserem Lande.“ Ein Blick auf die Versorgung mit Hausärzten besonders im ländlichen Raum zwingt zum Handeln (siehe Schaubild: Versorgungsgrad in Prozent je Planungsbereich).

„Während der Ärztemangel heute auf bestimmte Regionen beschränkt ist“, so die Einschätzung der Liberalen, „wird sich das Problem in Zukunft deutlich ausweiten.“ Mit einem Bündel aus sechs Einzelmaßnahmen möchte die FDP sicherstellen, dass der Landarzt künftig nicht nur im Fernsehen kommt. Das haben die Liberalen auf ihrem Bundesparteitag in Köln beschlossen:

> Auch für Ärzte sollen die bürokratischen Anforderungen und Kontrollen auf das notwendige Mindestmaß zurückgeführt werden. So sollen Ärzte mehr Zeit für den Patienten und neue Freude an ihrer Tätigkeit gewinnen. Dazu sind auch Korrekturen mit dem Ziel einer leistungsgerechten Vergütung notwendig.

> Die Arbeitsbedingungen in Krankenhäusern, aber auch für niedergelassene Ärzte müssen verbessert werden, wenn private und berufliche Interessen der Gesundheitsberufe im Lot bleiben sollen.

> Wenn der Anteil weiblicher Ärzte weiter ansteigt, was auch angesichts des Ärztemangels sehr wünschenswert ist, sind auch flexiblere Arbeitszeitmodelle und mehr Betreuungsmöglichkeiten für Kinder gefragt.

> Keinesfalls tatenlos zusehen möchten die Liberalen auch, wenn ein hoher Prozentsatz von ausgebildeten Medizinern den Arztberuf an den Nagel hängt. Nichtärztliche Tätigkeiten in Krankenkassen, Medizinischem Dienst oder auch in Behörden werden für Mediziner attraktiver. Gesundheitspolitik muss den Arbeitsmarkt für Mediziner insgesamt in den Blick nehmen. Wie in Nordrhein-

Westfalen unter Innovationsminister Andreas Pinkwart geschehen, muss die Zahl der Medizinstudienplätze erhöht werden.

> Es ist deshalb nur zu begrüßen, wenn – wie von Philipp Rösler gefordert – auch die praktische Eignung eines Studienbewerbers und nicht mehr nur der Numerus Clausus über den Zugang zum Medizinstudium entscheidet.

> Wer sich bis in den Arztberuf vorgekämpft hat, sollte künftig auch auf besser koordinierte Weiterbildungsmöglichkeiten treffen. Wer sich sogar in unterversorgten Gebieten niederlässt, sollte mit besserer Vergütung der Wegegebühren bei Hausbesuchen und Entlastungen durch die Neuordnung von Notdiensten rechnen dürfen. Die Übernahme von Verwaltungstätigkeiten durch andere darauf spezialisierte Kräfte könnte die Attraktivität des Arztberufes steigern helfen. Die FDP sieht sich auch im Bereich der ärztlichen Versorgung vor großen Herausforderungen. Zumal deutlich wird, dass gerade im Gesundheitswesen manches politische Blutgerinnsel, das sich in der schwarz-roten Koalition gebildet hat, aufzulösen ist.

Christian Lindner hat dem Gesundheitsminister auf dem FDP-Bundesparteitag den Rücken gestärkt. Unter dem Beifall der Zuhörer versprach er Philipp Rösler: „Auch wenn es Widerstand gibt, die Aufgabe im Gesundheitswesen zu einer Neuordnung zu kommen und jedem und jeder auch in Zukunft den Zugang zu einer hochwertigen Medizin zu gewährleisten, ist den Widerstand allemal wert. Philipp, wir alle stehen hinter Dir.“

*H.M.*